

Antrag

Hannover, den 13.09.2022

Fraktion der FDP

Niedersachsen krisenfester machen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Deutschland und Europa befinden sich in einer fundamentalen und mehrdimensionalen Krisen- und Stresssituation. Zu den bereits bestehenden Herausforderungen treten die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, und damit auch bestehende Defizite, Versäumnisse und Schwachstellen bei uns, immer deutlicher zutage. Die Lebenshaltungskosten steigen, die Geldentwertung nimmt zu, die Verfügbarkeit von Energie steht infrage und, sofern vorhanden, ist sie mit beispiellosen Teuerungsraten verbunden. Weite Teile der Wirtschaft sind oder fühlen sich durch die sich zuspitzende Energiekrise und belastete Lieferketten in ihrer Existenz bedroht. Hierdurch sind auch Arbeitsplätze in einem in der Historie einzigartigen Umfang bedroht. Die Krise dringt nach und nach ins allgemeine Bewusstsein. Es zeichnet sich eine lang andauernde Störung der wirtschaftlichen Entwicklung in Niedersachsen und Deutschland ab. Die vorherrschende Krisensituation und fundamentale Unsicherheit über die Zukunft erfordern jetzt Krisenpolitik auf allen politischen Ebenen. Die Bundes- und Landespolitik kommt dem mit Entlastungspaketen und weiteren Maßnahmen zwar nach, diese reichen aber nicht aus, um „vor die Lage zu kommen“. Die Signale, die jetzt vom erforderlichen politischen Handeln ausgehen müssen, sollen Sicherheit und Handlungsfähigkeit vermitteln und zur Marktberuhigung beitragen. Niedersachsen und die Landesregierung können zur Bewältigung der Energiekrise mehr Beiträge leisten und liefern als bisher. Der jetzt in Gang gesetzte schnelle, aber überfällige Bau von Molekül-Importterminals, die Bereitstellung von Finanzhilfen und Energiespartipps (Informationen zum Energiesparen | Portal Niedersachsen) und der Wille der Landesregierung, den eigenen Energieverbrauch bis 2030 zu senken, helfen in den kommenden Monaten nur bedingt zur Bewältigung der Krise.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Bundesregierung und hier insbesondere das verantwortliche Bundeswirtschaftsministerium auf,

1. den Weiterbetrieb aller Kernkraftwerke in Deutschland bis 2024 sicherzustellen, damit eine künstliche Verknappung des Stromangebots unterbleibt und eine „Stromlücke“ oder ein „Black-out“ vermieden wird. Hierfür sind unverzüglich neue Brennelemente zu bestellen.
2. einen gebündelten nationalen oder europäischen Großeinkauf für den Energieträger Gas einzuführen, damit eine nachfragegetriebene Preisspirale unterbrochen und eine Preis-Bremswirkung erzielt wird,
3. einen ausgewogenen Gestaltungsrahmen für eine faire Gasverteilung im Mangelfall zu entwickeln und der Öffentlichkeit zu kommunizieren, der über die bisher entwickelten Abschaltkriterien hinausgeht, damit im Fall eines Gas Mangels ein funktionierender Verteilmechanismus existiert,
4. eine Reduktion der Gaspreisbelastung der gesamten Wirtschaft durch einen befristeten Gaspreisdeckel auf europäischer Ebene zu schaffen,
5. falls die europäische Lösung scheitert, eine nationale Alternative umzusetzen oder die Belastung durch umfangreiche Wirtschaftshilfen und die Schaffung eines gegenüber den bisherigen Regelungen wirkungsvolleren und umfassenderen Anreizsystems zur Reduzierung der Gasnutzung/des Gasverbrauchs umzusetzen.

Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, unmittelbar nachfolgende Initiativen umzusetzen:

1. Aufstellen eines Elektrolyseurprogramms an den Netzknotenpunkten (u. a. in Dörpen), bei denen aufgrund der Anbindung der Windenergie regelmäßig Stromüberschüsse entstehen und Abschaltungen ausgelöst werden, dieses soll durch eine Anpassung der regulatorischen Rahmenbedingungen auf Bundesebene durch die eingesparten Redispatch-Kosten finanziert werden,
2. Realisierung der geothermischen Potenziale zur Nutzung von Wärme und für die Stromerzeugung durch
 - die Aufstellung eines Versicherungsfonds für Geothermie-Bohrungen über 100 Millionen Euro,
 - ein Förderprogramm für die Umstellung bestehender Fernwärme-Systeme auf Geothermie über 50 Millionen Euro,
 - ein Förderprogramm für die Errichtung von auf Geothermie-Basis betriebenen Fernwärme-Systemen in bestehenden Wohngebieten/Städten in Kombination mit Glasfaseranschluss über 300 Millionen Euro,
3. Co-Finanzierung von Produktionsanlagen für e-Fuel (synthetische Kraftstoffe) und Abnahme der Kraftstoffe im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit Partnerländern über 250 Millionen Euro,
4. Einrichtung eines Runden Tisches für Sofortmaßnahmen zur Steigerung der Biogaseinspeisung mit Netzbetreibern, Anlagenbetreibern und Regulierungsbehörden,
5. Start einer Solaroffensive auf den Dächern der bestehenden Landesliegenschaften über 50 Millionen Euro,
6. Umrüstung der Landesliegenschaften auf eine smarte Heizungssteuerung und intelligente Heizungsventile über 200 Millionen Euro,
7. Zuschuss für die Umrüstung der Wohnungen von Leistungsempfängern auf eine smarte Heizungssteuerung über 50 Millionen Euro,
8. Einrichtung eines niedersächsischen „Energieinfrastrukturpanels“ zur koordinierten Zielerreichung der Energiewendeziele 2030 bis 2045, damit Niedersachsen seiner Verantwortung bei der Transformation der Energieerzeugung, Energiebereitstellung und Energieverteilung gerecht wird,
9. Einrichtung eines Runden Tisches „Regelbare Kraftwerke“, um für absehbare Dunkel-Flauten und sonstigen Energiemangellagen plan- und belastbare Alternativen zu haben oder zu schaffen.

Für die rechtzeitige Realisierung dieser für Deutschland existenziellen Maßnahmen, aber auch für die darüber hinaus erforderliche zügige Modernisierung Deutschlands, sind schnelle Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren die zentrale Voraussetzung. Das Ziel der Regierungskoalition auf Bundesebene ist Halbierung der Verfahrensdauer. Deshalb müssen Bundesregierung und Landesregierung sofort gemeinsam mit der Umsetzung der Planungsbeschleunigung beginnen und an einem Strang ziehen. Hierbei können die Vorgehensweise bei der Realisierung des LNG-Importterminals in Wilhelmshaven und die Pipeline-Anbindung ein Vorbild sein. Allerdings müssen auch die Behörden personell und materiell ausreichend ausgestattet werden und sich selber als „Ermöglicher“ verstehen. Alle staatlichen Stellen müssen Verwaltungsverfahren so umsetzen, dass gerichtliche Auseinandersetzungen möglichst vermieden werden.

Begründung

Der autokratische Präsident der Russischen Föderation nutzt, aus innen- und außenpolitischen Erwägungen, die derzeitigen Schwächen Deutschlands und der Europäischen Union aus und setzt Nahrungsmittel, Energie, Rohstoffe, Gewalt und Waffen, Desinformation und andere Störungen mit

dem Ziel der Destabilisierung von Demokratien ein. Derzeit sind die Dauer des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs von Russland auf die Ukraine und der Ausgang nicht absehbar. Sicher ist aber, dass sich Russland zu einem totalitären Staat und zu einem Sicherheitsrisiko für Europa, insbesondere für Ost-Europa, entwickeln wird. Es handelt sich bei den aktuellen Verwerfungen im Energiebereich also nicht um ein klassisches Marktversagen, sondern um einen indirekten kriegerischen Akt mit dem Zweck der Machtausübung, Beeinflussung und Machterweiterung durch Russland. Ursächlich für die gravierende Problemlage in Deutschland sind u. a. ein jahrelanges Politikversagen in der Energieaußenpolitik und eine inkonsequente Energiewende im Inland. Wir haben Hinweise befreundeter Staaten ignoriert, uns durch einseitige Abhängigkeiten und ohne Rückfalloption angreifbar und verwundbar gemacht und in vielen Bereichen inkonsequent gehandelt. In Summe haben wir keine Erkenntnisprobleme, wir haben Umsetzungs- und Handlungsprobleme. Wir sind jetzt an einen Punkt gelangt, an dem alle Möglichkeiten der Energiegewinnung, Energiebereitstellung und des Energiesparens genutzt werden müssen. Es darf hierbei keine Denkverbote geben. Jetzt ist pragmatisches, vorausschauendes und entschlossenes Handeln im Interesse der Menschen und Unternehmen in Niedersachsen und Deutschland gefragt. Es ist die Stunde der Politik. Wer jetzt noch Ideologien verteidigt und nicht belastbare Narrative aufstellt, hat weder den Ernst der Lage noch die sich abzeichnenden Herausforderungen erkannt. Das Angebot an Energie muss jetzt kurz- und mittelfristig als Preissignal erhöht und den Unternehmen und Verbrauchern zur Verfügung gestellt werden. Es müssen zudem Preisbegrenzungsmaßnahmen entwickelt werden. Außerdem müssen der Strommarkt modernisiert und der Emissionshandel behutsam erweitert werden. Ein weiteres Gebot der Stunde ist es, politisch für Planungssicherheit bei Investitionen zu sorgen. Damit Energie in Deutschland wieder günstiger und konkurrenzfähig wird, müssen alle Preisbestandteile von Strom, Gas und Kraftstoffen auf den Prüfstand. Die klimapolitischen Ziele dürfen und werden wir hierbei nicht aus den Augen verlieren, die Energiewende muss planvoll, belastbar und konsequent fortgeführt werden. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Freiheitsenergien, aber der Preis muss für die Industrie international wettbewerbsfähig und für private und gewerbliche Kunden global konkurrenzfähig sein.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer